

An die Oberbürgermeisterin  
Henriette Reker

An den Vorsitzenden des  
Gesundheitsausschuss  
Dr. Ralf Unna

Rathaus, Spanischer Bau  
50667 Köln

Postanschrift:

Postfach 103564 · 50475 Köln

Tel: 0221/221-27840 · Fax: 0221/221-27841

E-mail: [DieLinke@stadt-koeln.de](mailto:DieLinke@stadt-koeln.de)

Fraktionsvorstand

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 07.12.2017

**AN/1862/2017**

**Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

Gremium	Datum der Sitzung
Gesundheitsausschuss	

**Personalschlüssel in den Kliniken der Stadt Köln**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender,

die Fraktion DIE LINKE bittet Sie, folgende Anfrage auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Gesundheitsausschusses zu setzen.

Das „Gesetz zur Regelung von Pflegepersonaluntergrenzen in pflegesensitiven Krankenhausbereichen“ ist zum 1. Juli 2017 in Kraft getreten. Es sieht u. a. vor, dass die Spitzenverbände der Krankenkassen und der Krankenhäuser Personaluntergrenzen in zuvor von ihnen festgelegten Bereichen im Krankenhaus vereinbaren. Das Bundesgesundheitsministerium führt dabei als Beispiel für Bereiche, in denen diese Regelungen notwendig sind, Intensivstationen oder die Besetzung im Nachtdienst auf. Diese Vereinbarung soll am 30. Juni 2018 in Kraft treten, im Falle einer gescheiterten Einigung ab 1.1.2019 per Rechtsverordnung festgelegt werden.

Dazu hat die Fraktion DIE LINKE folgende Fragen:

1. Welche Fachkraft-Patienten-Relation haben die städtischen Kliniken auf ihren Stationen (insbesondere auf der Intensivstation und im Nachtdienst, aber auch auf den anderen Stationen) in den letzten drei Jahren erreicht, in denen die entsprechenden Daten schon aufbereitet sind? Bitte nach Station und Berufsgruppen aufschlüsseln.
2. Wie sehen diese Zahlen parallel an anderen öffentlich finanzierten Krankenhäusern in Köln aus, z. B. der Universitätsklinik und weiteren Einrichtungen?
3. Das Budget des zu einem Pflegezuschlag umgewandelten Versorgungszuschlags soll um 66 % anwachsen. Hält die Geschäftsführung der städtischen Krankenhäuser diese

Summe für auskömmlich im Hinblick auf den zu erwartenden Mehrbedarf an Pflegepersonal?

4. Wie schätzt die Klinikverwaltung die Möglichkeit der Personalrekrutierung vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels in der Pflege ein?
5. Wird die Klinikverwaltung den gestiegenen Personalbedarf durch eigene Ausbildungskapazitäten befriedigen können? Wenn nein, welche Gründe stehen dem entgegen?

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Michael Weisenstein

Fraktionsgeschäftsführer